

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

nachdem das Berliner Landesverfassungsgericht die letzte Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (zeitgleich mit der Bundestagswahl durchgeführt) für ungültig erklärt hat, muß die Wahl nun binnen 90 Tagen wiederholt werden. Näheres hierzu finden Sie unter der Textziffer 2 dieser Ausgabe.

Vorweg sei aber der Hinweis auf drei Lehren gestattet, die Politik und Medien in Deutschland daraus ziehen sollten:

1. Die deutschen „Gutmenschen“ sollten in Zukunft etwas vorsichtiger sein, wenn sie die demokratischen Prozesse anderer europäischer Staaten wie z.B. Polen und Ungarn kritisieren.
2. Wer das Berliner Wahldesaster nach wie vor nicht schlimm findet, sollte sich besser nicht mehr über die beklagenswert niedrige Wahlbeteiligung bei den deutschen Urnengängen echauffieren. Sowohl die Organisation der Berliner Wahl als auch (und das leider noch viel mehr) das „Aussetzverhalten“ mancher Politiker nach Bekanntwerden der zahlreichen Mängel gaben schließlich dem fatalen Verdacht neue Nahrung, daß es zumindest manchen Politikern auf das Wähler-Votum kaum mehr ankommt . . .
3. Und wenn schließlich die Berliner Landtagswahl laut Gerichtsbeschuß komplett wiederholt werden muß, warum soll dies nicht für die zeitgleiche Bundestagswahl im Land Berlin gelten? Schließlich gab es eine weitgehende Personalunion bei den für die Wahlvorbereitung Verantwortlichen und auch den eingesetzten Wahlhelfern. (tb)

2 **Wahl in Berlin muss wiederholt werden**

Lange hat sich die sozialistisch-kommunistische, rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin dagegen gewehrt, die Folgen ihres umfangreichen Wahlbetrugs mit einer allgemeinen Neuwahl auszumerzen. Schon glaubte man im Berliner Senat, daß man durch geschicktes Taktieren die Manipulationsvorwürfe vergessen machen und auf teilweise illegaler Basis in den Senat gewählte Abgeordnete halten könnte. Sie sollten so die Chance haben, ihre gut bezahlten Mandate mindestens bis zum nächsten regulären Wahltermin zu behalten und Berlin noch für geraume Zeit im rot-rot-grünen Sinne mitregieren zu können. Dies hätte vollständig der Einstellung der Sozialisten und Kommunisten in Berlin entsprochen, denen das Recht schon lange egal zu sein scheint. Denn ganz nach dem Motto „Frechheit siegt“ hat der Berliner Senat vorausgegangene Gerichtsurteile, in denen Wahlbetrug festgestellt wurde, ausgesessen und durch geschickte Justiz-Taktieren hinausgezögert. Schon viel zu lange operierte also ein rechtswidriger Senat ohne Legitimation und machte Berlin zu einer der chaotischsten Städte Europas. Jetzt machte das Berliner Landesverfassungsgericht diesem unwürdigen Treiben ein Ende und es verfügte eine Neuwahl, die innerhalb von 90 Tagen durchzuführen sei.

Besonders brisant bleibt aber, daß durch die seinerzeitliche Zusammenlegung von Senats- und Bundestagswahl auf denselben Tag der von Teilen des Berliner Senats mutmaßlich gezielt organisierte Wahlbetrug auch Auswirkungen auf die Bundestagswahl und damit die Zusammensetzung des Bundestags haben dürfte. Eine Sonderbestimmung des „Minderheitenschutzes“ führte nämlich dazu, daß die eigentlich an der 5%-Hürde gescheiterte Linkspartei dennoch in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen konnte, weil deren Kandidaten bundesweit drei Direktmandate errangen – wovon zwei ausgerechnet in Berlin zustande kamen. Insgesamt dürften also der Berliner Senat und auch der Bundestag ohne Legitimation sein und damit rechtswidrig handeln. Leider nur unbestätigten Quellen zufolge wollen einige der rot-rot-grünen Spitzenpolitiker zumindest für den Bundestag durch geschicktes Justiz-Taktieren, mit Widersprüchen beim Bundesverfassungsgericht und entsprechend späten Entscheidungen den möglichen Unrechtszustand des Bundestages bis zum nächsten regulären Wahltermin aussitzen.

Dann könnte es zu einer (bösen) Ironie der Geschichte werden, wenn es ein illegitimer Bundestag und dessen damit ebenfalls illegitime Bundesregierung waren, die bewusst und absichtlich die Deindustrialisierung Deutschlands im Sinne des „Great Resets“ von Klaus Schwab (WEF = World Economic Forum) und die daraus resultierende größte Wohlstandsvernichtung und das Ende des deutschen Wirtschaftswunders herbeiführten. Es ist nämlich eine Art politischer Sabotage, die zur aktuellen Deindustrialisierung, Energieunsicherheit, Nahrungsmittelknappheit und größten Inflation der deutschen Nachkriegsgeschichte führte. Denn es waren nicht etwa äußere Umstände und schon gar nicht ein Krieg im Osten, wie es die westlichen Regierungen und deren Propagandamaschinen zu verkaufen trachten. Es war und ist vielmehr ein ausschließlich verantwortungsloses Handeln der Notenbank und zu vieler Regierungsvertreter in Europa und Berlin.

Noch scheint sich so mancher Bürger daran nicht zu stören, seinen meistens hart erarbeiteten Wohlstand für die propagandistisch ausgearbeiteten Schein-Visionen der dafür politisch Verantwortlichen aufgeben zu sollen. Anders sind schließlich auch die Wahlergebnisse der letzten Zeit (wie erst kürzlich in Niedersachsen) nicht mehr zu erklären. (eh)

3 Waffengeschäfte für Fußball-WM in Katar

Bei der Vergabe der Ausrichtung der gegenwärtigen Fußball-Weltmeisterschaft setzte sich im Dezember 2010 mit Katar ein kleines Emirat ohne „Fußballgeschichte“ gegen Länder wie die USA, Japan, Südkorea und Australien durch. Nun erhob der frühere FIFA-Chef (Fußball-Weltverband) Sepp Blatter in einem Interview mit dem Schweizer „Tages-Anzeiger“ in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe gegen Frankreich. „Eigentlich war die WM-Vergabe für 2018 (Russland) und 2022 (USA) bereits klar“, so Blatter: „Es wäre eine Geste des Friedens gewesen, wenn die beiden langjährigen politischen Kontrahenten nacheinander die WM ausgetragen hätten.“

Doch vor der Vergabe habe Blatter ein Anruf des damaligen UEFA-Chefs (europäischer Kontinentalverband der FIFA) Michel Platini erreicht. Er habe Blatter von einem bevorstehenden Essen des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy berichtet, zu dem auch der heutige Emir von Katar eingeladen gewesen sei. Sarkozy soll im Vorfeld Platini gesagt haben: „Schau, was du und deine Kollegen von der UEFA bei der Vergabe für Katar machen können.“ Denn neben Fußball sei es bei dem Essen auch um für Frankreich wichtige Waffengeschäfte gegangen. Katar habe nämlich im Vorfeld signalisiert, neben Raketenabwehrsystemen eventuell auch Rafale-Kampfflugzeuge zu ordern, die zum damaligen Zeitpunkt eher ein Ladenhüter waren. Nachdem im Dezember 2010 die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 an Katar vergeben worden war, orderte das Emirat im Jahr 2015 dann tatsächlich 24 Maschinen dieses Typs für mehr als 6 Mrd. €. Und mehr noch: Im Jahr 2011 übernahm eine ebenfalls katarische Investorengruppe den finanziell maroden Fußballverein „Paris St.-Germain“. Dessen damaliger Chef war der heutige Accor-Vorstandsvorsitzende Sebastien Bazin, der mit Sarkozy eng befreundet sein soll. Die Vereinsübernahme mit katarischem Geld war für Bazin laut Blatter „wie ein Geschenk des Himmels“. (tb)

4 Biden widersprach Selenskyj . . .

Vor etwa zwei Wochen schlug eine schon etwas ältere Luftabwehrrakete aus russischer Produktion, eine „S 300“, auf polnischem Territorium ein. Dabei kamen zwei polnische Landarbeiter ums Leben und die Welt hielt gleich danach kurz den Atem an. Denn sollte die Rakete von Russland abgefeuert worden sein, hätte es sich bei diesem Einschlag um einen Angriff auf ein NATO-Land gehandelt und damit den sogenannten Bündnisfall ausgelöst. Die Welt stand damit für kurze Zeit so nahe an einem möglichen Dritten Weltkrieg, wie es seit der Kuba-Krise in den 1960er Jahren nicht mehr der Fall gewesen war.

Glücklicherweise – auch das muß in diesem Zusammenhang so benannt werden – stellten die USA nach sehr kurzer Zeit fest, daß die Rakete nicht von russischen oder auch nur pro-russischen Kräften abgefeuert worden sein konnte. Denn dafür hätte ihre geringe Reichweite von etwa 200 Kilometern nicht ansatzweise ausgereicht und auch ihre von US-Kräften beobachtete Flugbahn spricht gegen diesen Verdacht. Der Flugkörper muß mithin von ukrainischem Territorium aus gestartet worden sein. Ob die Flugroute nach Polen dabei programmiert war oder ob es sich um einen technischen Defekt oder ein Versehen handelte, wird nur sehr schwer oder auch gar nicht aufzuklären sein.

Daß sich hinsichtlich der offenbar nicht-russischen Urheberschaft eine gewisse Erleichterung einstellte, ist nur zu gut verständlich. Dies galt allerdings nicht für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Er behauptete über Tage hinweg steif, daß die über Polen niedergegangene Rakete von Russland abgefeuert worden sei. Schließlich wurde es sogar der US-Führung zu bunt und Präsident Joe Biden widersprach Selenskyj laut und deutlich. (tb)

5 Sogar die EZB sieht eine Rezession

Für gewöhnlich werden die Statistiken über die volkswirtschaftliche Entwicklung auf Wunsch der Notenbank und der Politik an deren Agenden „angepasst“. Weil man mehrheitlich im Optimismus der Menschen einen wesentlichen Beitrag zum zukünftigen Wirtschaftswachstum sieht, soll das Konjunktur-Lagebild oft mit Hilfe der Statistiken positiver gezeichnet werden als dies die Realität erlauben würde.

Das gilt auch für die EZB (Europäische Zentralbank), die unter Führung der Französin Christine Lagarde mittlerweile ihre Hauptaufgabe darin sieht, die überschuldeten südeuropäischen Staaten – vor allem auch Frankreich – vor einer Insolvenz zu schützen. Dafür missachten die Notenbanker ihre primäre Aufgabe (Bewahrung der Geldwertstabilität), weil sie – kurz und knapp auf den Punkt gebracht – mit einer anhaltenden Inflationierung unseres Geldes und möglichst tief gehaltenen Zinsen unter Missachtung aller „Sonntagsreden“ den eigentlich überschuldeten Eurostaaten das Überleben zu sichern versuchen. Selbst unter Missachtung eigener Statuten hat die EZB dazu beispielsweise mehr Anleihen bestimmter Staaten (indirekt) aufgekauft als eigentlich erlaubt. Seit Jahren betreibt sie also recht trickreich eine Art „Staatsfinanzierung durch die Druckerpresse“. Deutliche Preissteigerungen auf breiter Front und der Wertverlust des Euros im Außenwert (z.B. gegenüber dem US-Dollar) sind bereits sichtbare Folgen dieser verantwortungslosen, die eigenen Regeln missachtenden Geldpolitik der EZB. Angesichts dieser von der Bundesregierung aktiv mitgeförderten Regelverstöße der EZB trat Bundesbankpräsident Jens Weidmann schließlich zurück.

Um ihre regelwidrige Inflationspolitik und Zinsmanipulation weiterführen zu können, bereitet die EZB offenbar nun die Märkte auf eine neue Begründung vor. Dabei spricht die EZB durchaus zu Recht drohende Insolvenzen der Privathaushalte und Unternehmen an und sie bringt diese unheilvolle Entwicklung trickreich mit einem angeblich zu hohen Zinsniveau in Verbindung. Natürlich ist dies nicht richtig, denn das Grundübel ist zweifelsohne die seit Jahren betriebene Inflationspolitik einer hemmungslosen Ausweitung der Geldmenge. Dem „Scheinargument Zinshöhe“ folgend wird man seitens der EZB nun aber „scheinargumentieren“, daß man den Insolvenzgefahren nur mit möglichst niedrigen Zinsen begegnen könne. Damit wäre aber weder den Sparern noch insolvenzgefährdeten Privatpersonen oder Unternehmen geholfen, sondern einzig und allein den überschuldeten Eurostaaten, zu denen eben auch Lagardes Heimatland Frankreich zählt. Wir müssen deshalb leider davon ausgehen, daß die „EZB-Regelverstöße“ anhalten werden und die Rezession ihren weiteren Verlauf nehmen wird. (eh)

6 Bundesregierung will Bargeld bekämpfen

Die Antifa-Sympathisantin und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat den Vorstoß zu einem Verbot der Bargeldverwendung für bestimmte Geschäfte und für die Einführung einer allgemeinen Bargeld-Höchstbetragsgrenze gewagt. Schon am 7. Dezember soll dazu über die EU eine gesetzliche Regelung geschaffen werden.

Mit der bisher gesetzlich garantierten Allgemeingültigkeit des Euro hätte es damit de facto ein Ende. Denn wie es im Bundesbankgesetz zu Recht festgehalten ist, ist nur Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel. Alles andere ist eine Form von Kredit und dessen Verwendung stets unter „Drittparteien-Vorbehalt“. Nur für und mit Bargeld hat uns der Gesetzgeber garantiert, ohne Zustimmung einer Drittpartei jederzeit und gegenüber jedermann im Geltungsbereich des Euro seine Verbindlichkeiten tilgen zu können. Und nur aus dieser Garantie einer unbeschränkten Bargeld-Verwendung bezieht der Euro – wie vormals die D-Mark – seinen Wert. Denn einen anderen inneren Wert gibt es seit Aufhebung der Golddeckung für keine Währung mehr.

Wenn also die allgemeine Bargeld-Verwendung verboten oder eingeschränkt werden sollte, wird zugleich eine entscheidende Wertsäule unseres Geldes beseitigt. Denn wenn das Bargeld keine allgemeine Gültigkeit mehr hat, haben sämtliche Derivate wie z.B. Girogeld, Festgeld, Anleihen etc. ebenfalls keine gesicherte Wertbasis mehr.

So wünschenswert für totalitär denkende Politiker die Kontrolle über die Sparguthaben der Bürger auch ist, die Kehrseite dieser totalitären Überwachung wird die Beseitigung des Geldwertes sein. Eine Hyperinflation wie in den 1920er Jahren wird unvermeidbar werden. Dabei hilft es dann auch nicht, wenn die Bürger zur Verwendung von Digitalgeld gezwungen werden sollten. Dieses dürfte eine noch geringere Chance haben, ähnliches Vertrauen zu gewinnen, wie es das Bargeld oder gar das Gold genossen bzw. genießen. Sämtliche Bezahlversuche der Bürger würden nämlich unter Vorbehalt der Zustimmung durch Staat oder Zahlungsabwickler („Drittparteien-Vorbehalt“) stehen. Wo dies hinführen kann, konnte bereits an dem Bezahldienst PayPal studiert werden, der grundsätzlich politisch motiviert so manche Zahlung unterbunden hat.

Wenn man sein Geld nicht mehr frei nach „Wunsch und Laune“ einsetzen kann, hat es eben einen nur noch sehr eingeschränkten (Nutz-)Wert. Dieser simple Zusammenhang dürfte in den mittlerweile weitgehend „sachkenntnisbefreiten“ und dafür ideologisch überladenen Ministerien in Berlin unbekannt sein. Auf die Experten der Bundesbank hört man dort offenbar schon lange nicht mehr und der Wunsch, den deutschen Sparern ihren Wohlstand zu rauben, scheint unter Berlins Verantwortlichen größer zu sein als die Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung. Und weil das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren bereits in fast allen Fragestellungen bewiesen hat, daß es den Bürgern Grundrechte nicht mehr garantieren möchte und sämtliche politischen Agenden mitzutragen bereit ist, bleibt den Bürgern nur die Flucht aus dem Geld und die Suche nach Alternativen für ihre Ersparnisse.

Die Aktivitäten der Ampel-Koalitionäre lassen den gebildeten Leser aufschrecken, der sich stark an kommunistische Parolen von Karl Marx und Iljitsch Lenin erinnert fühlt. Danach muß man zunächst das Geld zerstören, um dann eine Gesellschaft zu zerstören, auf deren Ruinen man schließlich seine linksextremen Utopien zu errichten versuchen wird. (eh)

7 Geschenkvorschlagn mit „Erinnerungswert“

Nach zwei Weihnachtsfesten unter „Corona-Bedingungen“ stehen uns nun von einem möglichen – und auf jeden Fall teilweise selbsterzeugtem – Energiemangel gekennzeichnete Festtage bevor. Und auch in dieser Zeit werden die sogenannten „Qualitätsmedien“ und vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht müde werden, ihren Lesern, Zuschauern und Zuhörern ihre weitgehend einheitliche, von politischer Korrektheit und „Wokeness“ nur so triefende Berichterstattung vorzulegen. Umso wichtiger werden deshalb Medien wie „Ihre Vertraulichen“, in deren Redaktionen man das eigene Denken noch nicht verlernt hat. Man spricht dort offen über die Dinge und nimmt auch in Kauf, dafür beschimpft oder gar angefeindet zu werden.

Wer auf der Suche nach einem passenden Geschenk für Freunde, Bekannte, Verwandte oder auch Geschäftspartner ist, sollte deshalb über ein Geschenkabonnement der „Vertraulichen“ nachdenken, in denen viele zukünftige Entwicklungen (z.B. Goldpreis-Entwicklung ab dem Jahr 2000, Inflationsgefahren etc.) früher und deutlicher benannt wurden als in den sogenannten „Jedermann-Medien“. Mit einem Geschenkabonnement können Sie, sehr geehrte Damen und Herren, sich bei den Beschenkten jede Woche aufs Neue in dankbare Erinnerung bringen.

Und wenn Sie mit einem Geschenkabonnement der „Vertraulichen“ anderen eine Freude machen, dann möchten wir Sie auch beschenken: Ganz gleich, ob es sich um ein neues Geschenkabonnement oder die Verlängerung eines bestehenden Auftrages handelt – wir können Ihnen hierfür einen attraktiven Preisvorteil bieten, der sich aus dem dieser Aussendung beigefügten Auftragsformular ergibt. Voraussetzung ist und bleibt lediglich das Fortbestehen Ihres regulären „Haupt-Abonnements“ zum Normalpreis.

Zur Weitergabe an die/den Beschenkte/n fertigen wir darüber hinaus eine attraktive Karte an, die – ganz Ihrer persönlichen Weisung entsprechend – entweder der ersten Geschenkaussendung beigefügt oder Ihnen zur persönlichen Übergabe zugestellt wird. Diejenigen Damen und Herren, die bereits zu früheren Festen Geschenkabonnements in Auftrag gegeben haben, seien höflichst an die Verlängerung der Aufträge erinnert, damit eine lückenlose Weiterbelieferung gewährleistet ist. Ob Neuauftrag oder Verlängerung: Beides ist unter Verwendung des diesen „Vertraulichen“ beigelegten Auftragsformulars problemlos möglich, wofür wir bereits jetzt herzlich danken (natürlich nehmen wir auch förmlose Aufträge per Telefon oder E-Mail gerne entgegen)!

Gestatten Sie abschließend bitte noch einen Hinweis auf unseren Buchversand in Hoya und dessen Internet-Auftritt „www.wunschbuecher.de“. Wir sind sicher, daß Sie dort das eine oder andere Buchgeschenk finden werden und wir liefern es gerne zu Ihnen nach Hause (gegen Rechnung, bequemer Bankabbuchung oder Zahlung per „PayPal“). (tb)

8 Weitere zwei Jahres-Körperschaftsteueraufkommen für finnische Uniper?

Für ein Jahressteueraufkommen sämtlicher Kapitalgesellschaften in Deutschland (27 Mrd. Euro) hat die Bundesregierung dem finnischen Konzern Fortum ein „Supergeschenk“ in Form der Übernahme der hochdefizitären Firma Uniper gemacht. Alle Kapitalgesellschaften Deutschlands (bzw. deren Mitarbeiter und Eigner) mußten sinngemäß ein Jahr lang dafür arbeiten, Steuerprüfungen über sich ergehen lassen und gegebenenfalls weitere Milliarden für Berater aufbringen, um letztlich einem ausländischen Konzern ein Supergeschenk zu machen.

Wie es mittlerweile bei der Bundesregierung die Regel ist, war dies allerdings erst der Einstieg in noch viel größere „Veruntreuungen“ (so sieht es zumindest der Autor dieser Zeilen) deutscher Steuergelder. Knapp zwei weitere bundesdeutsche Körperschaftssteuer-Jahresaufkommen werden nun nämlich wohl noch fällig, um diese neue und hochdefizitäre Beteiligung der Bundesregierung vor einer Insolvenz zu retten. Insgesamt muß also das Körperschaftssteuer-Jahresaufkommen dreier Jahre aufgewendet werden, um dem finnischen Konzern Fortum Verluste zu ersparen. Trotzdem wird es für die dafür hart arbeitenden deutschen Steuerzahler daraus keine Vorteile geben. Ihnen bleiben die weltweit praktisch höchsten Energiekosten und eine zunehmende Unsicherheit bei der Energieversorgung, weswegen immer mehr international tätige Unternehmen Deutschland bereits den Rücken kehren.

Dies alles kostet sehr viel Geld und statt – wie es eigentlich geboten wäre – die steuerzahlenden Unternehmen und Bürger zu entlasten, denkt man in Teilen der Regierung und auch der Wissenschaft über zumindest partielle Steuererhöhungen, über zusätzliche Abgaben der deutschen Leistungsträger, nach. Hier noch von „Ungeschick“ aufgrund fehlender Kompetenzen in mancher Ministeriumsspitze zu sprechen, fällt vor diesem Hintergrund sehr schwer. Dem kritischen Beobachter drängt sich eher der Verdacht absichtlicher Sabotage der deutschen Wirtschaft im Sinne des „Oligarchenclubs“ Weltwirtschaftsforum (WEF) auf. Schließlich sind von Olaf Scholz über Friedrich Merz, Annalena Baerbock, Robert Habeck und Ursula von der Leyen viele der heute entscheidenden Funktionäre Zöglinge dieses „Oligarchenkartells“. Ebenso schwer nachvollziehbar ist für den kritischen Beobachter, daß die Grünen einerseits für Deutschland die Kernkraft ablehnen, aber der Uniper-Übernahme zustimmten, obwohl dieses Unternehmen gleichzeitig an drei Kernkraftwerken in Schweden sowie fünf Gas- und Kohlekraftwerken in Russland beteiligt ist! (eh)

9 Geldentwertung führt zu „Blick in die Schweiz“

Kaum hat sich bei der Steigerung der sogenannten Erzeugerpreise eine kleine „Erleichterung“ breit gemacht, wurden die Stimmen der Berufsoptimisten laut, die schon für das kommende Jahr einen deutlichen Rückgang der Inflation sehen. Woher sie ihren Optimismus beziehen, ist bei Licht betrachtet aber nach wie vor unklar. Denn die Steigerung der Erzeugerpreise liegt trotz leichter Rückgänge noch immer bei deutlich mehr als 30 %! Und weil steigende Erzeugerpreise sich in den vergangenen Jahren im Schnitt zu mindestens einem Drittel in den – entsprechend steigenden – Konsumentenpreisen wiederfinden, ist alleine von daher für das kommende Jahr mit einer anhaltenden Geldentwertungsrate von rund 10 % zu rechnen. Natürlich kann dieser Wert durch heftige Preisänderungen z.B. im Energiebereich noch durchaus nach unten oder oben korrigiert werden. Doch das Inflationspotential ist und bleibt erheblich.

Dies gilt auch bei einem Blick auf die gegenwärtige Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), die Französin Christine Lagarde. Als diese noch Präsidentin des Internationalen Währungsfonds (IWF) war, brachte sie über ihren damaligen Chefvolkswirt Olivier Blanchard ein allgemeines Inflationsziel von 4 % jährlich ins Spiel. Blanchard und Lagarde machten sich dabei nicht einmal mehr die Mühe, von ihrem Hintergedanken abzulenken: Ein schwindender Geldwert hilft nicht zuletzt hochverschuldeten Staaten bei der Handhabung ihrer Schuldenlast. Daß dafür die sogenannten „kleinen Sparer“ um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden können, schien die beiden nicht zu berühren. Lagarde trägt seitdem den bezeichnenden Spitznamen „Madame Inflation“.

Im Vergleich zum inflationären Euro hat sich der Schweizer Franken in den letzten Monaten recht gut geschlagen. Die Inflationsrate in der Eidgenossenschaft ist deutlich niedriger und auch für das kommende Jahr zeichnet sich nach Auffassung vieler Beobachter zwar auch dort eine gewisse Geldentwertung ab, aber in einem viel geringeren Ausmaß als im Euroland. Deshalb und aus Gründen der von uns seit Jahrzehnten empfohlenen Diversifizierung bei der Geldanlage, lohnt es sich noch immer, zumindest bei möglichen Anlagevolumina von 50 000 € oder mehr über eine Bankverbindung in die Schweiz nachzudenken. Denn dort gibt es sie tatsächlich noch: Kleinere Banken mit grundsoliden Bilanzzahlen, zu deren erklärter Geschäftspolitik langfristig angelegte Kundenbeziehungen zählen. Und sind erst einmal die erforderlichen Formalien erfüllt (die im Regelfall einen kurzen Besuch in der Schweiz bedingen), können die weiteren Verfügungen normalerweise ganz bequem von zu Hause aus erledigt werden.

Unser Haus pflegt seit Jahrzehnten eine von gegenseitiger Wertschätzung getragene Geschäftsbeziehung zu einer derartigen, grenznah gelegenen schweizerischen Bank. Interessierten Damen und Herren teilen wir auf rein nachrichtlicher Basis sehr gerne den Namen der Bank und der zuständigen Mitarbeiter mit. Wenn Sie dazu einen an Sie adressierten und mit 1,- € frankierten Rückumschlag an die Redaktion der „Vertraulichen“ in 78266 Büsingen senden, können wir unserem Informationsschreiben noch einen kleinen Plan der betreffenden Stadt beilegen. Selbstverständlich bearbeiten wir auch Anfragen per Fax (0 77 34 / 71 12) oder E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) gerne, dann aber ohne „Stadtplan“. (tb)

10 Für Sie aufgelesen:

„In der Schule fragt der Lehrer den kleinen Hubert: ‚Na, willst Du auch Augenarzt werden wie Dein Vater?‘ – ‚Nein Herr Lehrer, ich werde lieber Zahnarzt.‘ – ‚Warum denn das?‘ – ‚Der Mensch hat nur zwei Augen, aber 32 Zähne.‘“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettetthofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.